

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

11.11.1921 (No. 264)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Preisproben:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. M e n d  
Druck  
und Verlag:  
S. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

**Bezugpreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedingung gewandelter Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausperrung, Abschneidung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil

#### Das belgische Konsulat für Baden.

Nach Mitteilung der belgischen Regierung ist das belgische Generalkonsulat in München aufgehoben und dessen Amtsbereich dem belgischen Konsulat in Frankfurt a. M. überwiesen worden. Zu dem Amtsbereich des belgischen Konsulats in Frankfurt a. M. wird somit nunmehr nicht nur der Kreis Mannheim, sondern das gesamte badische Staatsgebiet gehören. Demgemäß ist der belg. Konsul in Frankfurt a. M., Herr R. Chabron, zur Ausübung konsularischer Funktionen in dem gesamten badischen Staatsgebiet zugelassen worden.

#### Die Entente u. Deutschland.

Die Politik selbstmörderischer Unvernunft wird von den Staatsmännern der Entente in immer härterem Maße fortgesetzt. Man muß beinahe glauben, daß diese Staatsmänner förmlich darauf veressen sind, das deutsche Wirtschaftsleben und damit das Wirtschaftsleben ihrer eigenen Völker zu vernichten.

Verschlimmert wird die ganze unheilvolle Situation aber noch dadurch, daß diese Staatsmänner selbst offenbar völlig uneinig untereinander sind. Und so ist denn unser armes Vaterland nach und nach in die Lage eines Kranken gekommen, der von verschiedenen Ärzten nach verschiedenen Methoden behandelt wird, der aber erkennen muß, daß eigentlich jede Methode, mag sie von der andern sonst auch noch so sehr abweichen, dazu bestimmt ist, ihn dem Tode auszuliefern.

Wenn in einem solchen Zustande heftigster Erkrankung das Fieber zunimmt, brauchen die Ärzte sich wahrlich nicht zu wundern. Geradezu verbrecherisch aber wäre es, wenn einer von ihnen behaupten wollte, der Kranke sei selbst an dem hohen Fieber schuld. Leider müssen wir sehen, daß in der Politik ein derartiges Verbrechen mit der größten Kaltblütigkeit begangen wird. In Frankreich heißt man den wahrlich nicht beneidenswerten Mut, zu behaupten, daß Deutschland selber seinen Bankrott beschleunige und selber alles tue, um die Valuta herabzubrühen.

Wenn einer der Männer, die diese Behauptung riskieren, nur einen ganz schwachen Begriff von der fürchterlichen Zerfahrenheit und dem fürchterlichen Elend hätten das durch das Sinken der Valuta über unser Volk und sein Wirtschaftsleben heraufbeschworen worden ist, würden sie vielleicht doch nicht diesen Mut aufbringen können. Ihnen würde der Finger erstarren, der bereit ist, eine solche Behauptung niederzuschreiben.

Nun darf man allerdings nie vergessen, welches das Ziel der französischen Politik ist. Das Ziel dieser Politik ist nicht etwa die Bezahlung der Reparationsforderungen, sondern die dauernde Einverleibung von Rheinland-Westfalen mit dem Ruhrgebiet, Rheinhesen, Rheinpfalz und Baden. Diese Gebiete, die mit Elb-Lothringen zusammen das linke und rechte Ufer des Rheins bilden, wünscht Frankreich zu annektieren. Würde ihm eine solche Annektion gelingen, so wäre es, wenigstens nach französischer Ansicht, aller Sorge ledig. Denn die wirtschaftlichen Gesamtsergebnisse aus den genannten Gebieten würden im Lauf der Jahrzehnte die Summe erreichen, die wir nach dem Londoner Ultimatum zu zahlen verpflichtet sind; und ferner wäre das deutsche Reich dermaßen geschwächt, daß es unter gar keinen Umständen mehr gefährdet zu werden brauchte. Bei diesen französischen Plänen spielt die Frage, in welcher Form sich jene Annektion zu vollziehen hat, nur eine untergeordnete Rolle. Fürs Erste würde Frankreich wohl auch die Errichtung sogenannter „neutraler Pufferstaaten“ genügen, wenn diese Pufferstaaten von dem Machtwillen der Pariser Regierung abhängig wären.

Bewiß gibt es auch in Frankreich einsichtige Leute, die das Verderbliche und für Frankreich selbst Gefährliche dieser Politik sehr wohl einsehen. Aber sie kommen nicht zur Geltung. Die Schichten des französischen Volkes, die zur Zeit den Ton angeben, d. h. also die Nationalisten und Chauvinisten, erwidern sich immer mehr und mehr für den Gedanken, daß ein Staatsbankrott Deutschlands für Frankreich nur vorteilhaft sein könne, da er diesem zweifellos den Vorwand liefern werde, um sich die eben erwähnten Gebiete in dieser oder jener Form anzueignen. Es ist der Grundsatz von den Pfändern, der hier rücksichtslos und in machiavellistischer Vergewaltigung von Recht und Gerechtigkeit in den Vordergrund geschoben wird. Kann Deutschland nicht zahlen, so holt man sich eben an den sog. „Pfändern“ oder an solchen Besitztümern schadlos, die einen genügenden Ersatz versprechen.

Unverständlich ist es, daß die andern Ententemächte dies ruhig mitansehen, ohne Frankreich in den Arm zu fallen und es zu zwingen, von einer Politik abzulassen, die vielleicht geeignet ist, den französischen Ehrgeiz und der französischen Gogier Tageserfolge zu verschaffen, die aber auf die Dauer den völligen Ruin Europas zur Folge haben muß. Allerdings haben die Alliierten Frankreich dermaßen erspart lassen, daß es heute als die größte Militärmacht der Welt nicht allzuviel Rücksichten zu nehmen braucht. Vielleicht wird noch einmal der Augenblick kommen, da England erkennen wird, daß es seine eigene Wehrlosmachung war, als es in die militärischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages und des Friedens von Versailles einwilligte.

Noch ist es für die Alliierten Zeit, das Schlimmste zu verhüten. Und die Konferenz von Washington, von der ja überhaupt die Verantwortung der Frage „Krieg oder Frieden?“ für die nächste Zeit abhängen wird, wird vielleicht auch zur Lösung der mitteleuropäischen Wirtschaftskrisis nützliche Gelegenheiten bieten. Werden diese Gelegenheiten verpaßt, dann wüßten wir allerdings nicht zu sagen, wie der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Europas aufzuhalten wäre.

### Der Tag von Ypern.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Von Chefredakteur A. Beder-Badischzell.  
Die Alldeutschen sind noch immer nicht verstimmt und glauben, mit dem Säbel rasseln zu dürfen. Das Meer von Blut und Jammer, das der Krieg verursacht, scheint bei ihnen jedes menschliche Gefühl abgestumpft zu haben, so daß es zweckmäßig erscheint, Erinnerungen aus der Vergangenheit aufzurufen. Anfang Oktober 1914 wurden von der Obersten Heeresleitung vier sog. Kinderkorps gebildet; sie bestanden zumeist aus kaum dem Abendalter entwachsenen Jugendlichen, welche die Oberste Heeresleitung aus den Armen der Räter gebohrt hatte unter dem Vorwande, sie hinter der Front militärisch für den Krieg vorzubereiten zu wollen. Sie wurden aber schon nach Ausbildung von wenigen Wochen, am 16. Oktober 1914, mit zu dem grauenhaften Angriff auf Ypern verwendet und dort zu ungezählten Tausenden von den Geschossen der Gegner niedergemetzt. Augenzeugen sagen, das sei das fürchterlichste gewesen, was sie erlebt hätten. Arme Knaben von 16 Jahren seien unter den Schmerzensrufen: „Mutter, Mutter!“ auf dem Schlachtfeld umhergeirrt. Und diesen Schredenslag deutscher Kindermordes haben die Alldeutschen vor einigen Tagen in der Berliner Garnisonkirche als einen Tag nationaler deutscher Erhebung gefeiert. Damit das deutsche Volk wisse, was sich in Wirklichkeit in jenen Tagen in Flandern zugezogen hat, wollen wir an der Hand einwandfreier Zeugen diesen deutschen Kindermord beleuchten. Die Kämpfe bei Ypern sind nämlich ein Schlüsselstück dazu, wie selbst vom militärischen Standpunkt aus die deutsche Heeresführung in sinnloser Wäse mit Menschenkraft gewüßet hat.

Oberstleutnant Forster sagt in seinem Buche „Graf Schlieffen und der Weltkrieg“: „Der Name Ypern genügt als Beweis dafür, daß der deutsche Generalstabchef zur Erreichung seines Zieles, die Engländer vernichtend zu schlagen, mit Menschenkraft und Menschenblut so wenig geizig hat, daß darauf die schwierige Lage Deutschlands (nach diesen Kämpfen) zum guten Teil zurückzuführen ist.“ An der Yper und bei Ypern wurden die vier Kinderkorps eingesetzt, die Generalmajor Baumgarten-Crusius in seiner Schrift: „Die deutsche Heeresführung im Marnefeldzug 1914“ eine hofflos überführte Neubildung nennt, die man wegen ihrer mangelnden Ausbildung zunächst nur in Abwehrkämpfen (aber besser überhaupt nicht, der Verf.) hätte benutzen dürfen.

Nach den Angaben des Hauptmanns Schwink bestanden diese Kinderkorps aus drei Vierteln aus blutjungen Kriegsfreiwilligen, von denen die übrigen gebildeten heute von deutschnationaler Seite als nicht national beschimpft werden. Diesen Kindern standen ausgewählte englische und französische Truppen gegenüber, gegen die sie ohne entsprechende Artillerieunterstützung vorgetrieben wurden. Ende Oktober war, um den abgekämpften Kinderkorps zu Hilfe zu kommen, eine neue Armee von Foch gebildet worden. Hauptmann Schwink schildert diese vielleicht kühnsten und verlustreichsten Kämpfe aller Zeiten und erbreitet sich dann im Anschluß daran zu schreiben: „Die Schlacht bei Ypern im Herbst 1914 wird für ewige Zeiten ein Denkmal deutschen Opfer- und Heldentums sein.“ So wird der Bericht zu einem hohen Lied, wie die Soldaten Leib und Leben für die wilhelminische Selbstsuprematie opferten. Sie wußten freilich nicht, in welcher gewissenloser Weise die Heeresführung mit ihrem Blute wußte, wußten nicht, daß die deutsche Heeresführung im „beschleunigten Verfahren“, das man auch „abgefürztes Verfahren“ nannte, feigen wollte, d. h. den Materialerwerb der Gegner durch rücksichtsloses Aufspieleszen der Menschen zu überwinden hoffte, ohne die Gewißheit für das Gelingen dieses Planes zu haben. „Das überlebe Eiseben der vier neuen Korps auf dem Schlachtfeld an der Yper hatte sie beinahe restlos geopfert“

sagt Major Baumgarten-Crusius. Etwa 100 000 Mann hatte man auf deutscher Seite nach den Angaben, die damals Admiral Tirpitz aus dem kaiserlichen Hauptquartier machte, in der Zeit von Mitte Oktober bis November 1914 allein an der Yper und am Yperkanal verloren.

Über die Kämpfe an der Yper im September 1914 urteilt General v. Kuhl, damals Chef des Generalstabes der 1. Armee in seinem Buche: „Der Marnefeldzug 1914“: „Manches Fehler müssen wir uns schuldig bekennen! Nur die Truppe war fehlerlos. Sie hat nie versagt, sie hat das Unmögliche möglich gemacht.“

Die Kämpfe an der Yper und am Yperkanal (genannt der Kindermord von Ypern) waren nicht nur ein Fehler, sondern auch vom militärischen Standpunkt aus ein Wahnsinn und eine Gewissenlosigkeit, den jetzt die Monarchisten feiern.

Als damals 1914 die scheußliche Hingschlachtung von 100 000 deutschen Kindern geschehen war, suchte die Schriftstellerin Karin Michaelis, bekannt durch ihr Buch über „das gefährliche Alter“, die deutschen Mütter mit folgenden Worten zu trösten:

„Er aber, er wurde auserwählt, Dein einziger Sohn. Siehst Du nicht, daß das ein Geschenk für Dich ist? Ein Märchen? Ein Märchen, das der Tod in sein großes Buch eintrug, Dir zu Ehren — — —  
Lächle! Lächle, Du Mutter, die jetzt allein ist! — —  
Und denke, denke, — nein Du weizt es ja so vielmal besser, als ich, daß jedes Lächeln von Dir seinen langen Schlaf friedlicher macht! — — — Einst vor langer Zeit — trugst Du ihn unterm Herzen. Jetzt trägt Du ihn wieder. Nicht wie damals für eine kurze Spanne Zeit, vielmehr bis Dein eigenes Herz seinen letzten Schlag getan haben wird. — Lächle! Lächle, Du Mutter, lächle ihm zu, Deinem einzigen Sohn!“

Sie lächelt nicht, die Mutter, sie verflucht, denn aus der Seite Hintergrund steigen furchenbildend die blutigen Häupter ihrer rachslos hingemordeten deutschen Kinder auf. Sie weiß, daß Ludendorff den Angriff bei Ypern von vornherein für aussichtslos gehalten hat. Und Tausende wissen, daß sie hier einen Vater, Sohn, Bruder oder Gatten verloren haben und werden, vergeblich zwar, darum aber mit um so größerer Erbitterung diejenigen verantwortlich machen, die dort „Fehler“ begingen, welche man mit den Worten Machetls entschuldigte:

„Ich bin einmal so tief im Blut gestiegen, daß, mocht ich nun im Baten stillestehn, Rückkehr so schwierig wär, als durchgehahn!“

Mit Recht zitierten „Petit Parisien“ und „Croit“ „Ausgabe“ aus meinen Aufzügen über Erzberger in der „Karlsruher Zeitung“, um daran die Bemerkung zu knüpfen, daß Erzberger aus Anlaß dieses Kindermordes schon damals Vorstellungen erhob, daß er aber leider gegenüber der Suprematie der Militärmacht ohnmächtig gewesen sei.

### Kommunalpolit. Rundschau.

Die Sterblichkeitsverhältnisse in deutschen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. September 1921.

Von Dr. Schöppen, Düsseldorf.  
Im September gestaltete sich die Sterblichkeit in den 49 deutschen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern günstiger als in den beiden Vormonaten. Insgesamt sind in der Berichtszeit in ihnen 13 100 Personen aus dem Leben geschieden, das sind 400 weniger als im letzten Juli und 500 weniger als im August. Die Sterblichkeitsziffer schwankte für diese Städte in den vier Wochen des September zwischen 11,2 und 11,5; im August dagegen zwischen 11,7 und 11,9 und im Juli sogar zwischen 11,2 und 12,4.

Im einzelnen hielten sich die Schwankungen in keiner Stadt in dem Rahmen, den die oben genannten Gesamtsterblichkeitsziffern als Durchschnitt angeben. Konstante Sterblichkeitsverhältnisse fanden sich in den vier Wochen des September immerhin noch vor allem in Hannover, wo die Sterblichkeitsziffer zwischen 9,9 und 10,8 schwankte, in Altona (Schwankung zwischen 9,8 und 11,0), in Charlottenburg (9,8 und 11,1), in Königsberg (10,1 und 11,4), in Bremen (10,8 und 11,0), in Frankfurt a. M. (8,5 und 9,9), in Wittenberg (8,2 und 9,9), und in Nürnberg (10,0 und 12,0). Ganz außerordentlich große Abweichungen fanden sich in den einzelnen Wochen in Essen mit 8,5 bezw. 15,5 auf Tausend Gestorbenen, in Aachen mit 12,0 bezw. 19,5 und in Wiesbaden mit 7,5 bezw. 19,6.

Die geringere Gesamtsterblichkeit im September ist in erster Linie zurückzuführen auf eine Mindersterblichkeit infolge Erkrankung an Magen- und Darmkatarrh sowie an Brechdurchfall. Fielen diesen Erkrankungen im August noch etwas mehr als 2000 Personen zum Opfer, so brachte der September nur 1460 derartige Sterbefälle. Dabei ist von Woche zu Woche ein Rückgang festzustellen. In den ersten acht Tagen des Monats erlagen dem Magen- und Darmkatarrh noch mehr als 400 Personen, in den letzten waren es nur noch 270.

Auch die Lungenerkrankung zeigt im September einen Rückgang der Sterbefälle (und zwar um 50 auf 680), ebenso gewalttätiger Tod (um 60 auf 780).

Dagegen haben die wichtigsten Infektionskrankheiten mehr Opfer gefordert als im August. Nach den absoluten Zahlen war die Zunahme bei Influenza am bedeutendsten. Hier wurden bei 88 Sterbefällen insgesamt nur 9 mehr als im August gemeldet. Von der Gesamtzahl entfielen je 5 auf Berlin, Breslau und Frankfurt, 6 auf Essen und 8 auf Hamburg. Sonst führte die Influenza nur vereinzelt zum Tode.

Bei Keuchhusten und Diphtherie betrug die Zunahme der Sterbefälle je 19; und zwar wurden bei ersterem insgesamt

26 Sterbefälle gemeldet, bei letzterem 62 Fälle insgesamt. An Tubus sind nur in zwei Städten im September mehr als 5 Personen gestorben. Das war der Fall in Berlin mit 6 und in Duisburg mit 7.

Der Diphtherie sind 80 Personen erlegen; das sind 26 mehr als im August. Verhältnismäßig häufig führte die Diphtherie in Chemnitz, wo 8 Sterbefälle gemeldet wurden, zum Tode.

Die Tuberkulosesterblichkeit hat sich mit einer absoluten Zunahme um 81 Sterbefälle bei einer Gesamtzahl von 1400 Gestorbenen etwa auf gleicher Höhe gehalten. Dagegen war bei Ruhr die prozentuale Zunahme weiterhin recht erheblich. Der Juli verzeichnete hier 66 Sterbefälle, der August bereits 288 und der September 278. Doch ist, soweit sich das bis jetzt ersehen läßt, in der ersten Septimberwoche mit 79 Sterbefällen der Höchststand erreicht. Die drei letzten Wochen des September haben mit 73 bis 58 an Ruhr Gestorbenen schon einen wesentlichen Rückgang gebracht. Von den 278 Fällen kamen 66 (im August 42) auf Düsseldorf, 36 (22) auf Berlin, 24 (22) auf Gelsenkirchen, 21 (17) auf Leipzig, 18 (8) auf Krefeld und 13 (16) auf Nürnberg. In drei weiteren Städten, nämlich Köln, Magdeburg und Mainz, kamen je 10 Sterbefälle an Ruhr vor. In den übrigen Städten war die Zahl geringer als in den bereits genannten.

## Politische Neuigkeiten.

### Deutscher Reichstag.

Im Reichstag begründete gestern der sog. Abgeordnete Koch eine Interpellation seiner Partei wegen der Bedrohung der deutschen Werke durch die Fortschrittsforderung der Entente-Kontrollkommission.

Reichsfinanzminister Bauer schildert das Zustandekommen der deutschen Werke, welche aus Militärbetrieben zu privaten umgestaltet wurden. Das Hanauer Werk Welschgang soll nun ganz vom Erdboden verschwinden, mit ihm die Eisenbahnanlagen, sowie die Kanalisation und Kellerranlagen. In Erfurt und Havelhorst ist die Anfertigung von Jagdwaffen direkt im Einverständnis mit der Entente erfolgt. Die Kontrollkommission hatte den Betrieb nicht nur genehmigt, sondern auch die Anlage von Jagdwaffenlagern für den Absatz ins Ausland zugelassen. Es scheint demgemäß, als ob ein gewisser Handelsneid für das plötzliche ungerechtfertigte Verbot in Rechnung zu stellen ist. In Spanien sollen sämtliche Laboratorien verschwinden und sogar die Schutzwälle abgetragen werden. Der Wert der zu zerstörenden Maschinen beträgt allein rund 10 Millionen Goldmark. Diese Forderungen gehen über alles zulässige Maß hinaus. Die Regierung ist seit drei Jahren in schwerem Ringen mit der Kontrollkommission. Es ist nur in einzelnen Punkten gelungen, Einberungen zu erlangen. Wir haben in diesem Falle bei der Vorkontrollkommission sämtliche Vorstellungen erhoben, zu denen wir umso mehr getrieben wurden, als die Arbeiterschaft uns erklärte: „Wir rühren keinen Finger mehr für die Zerstörung.“ Angesichts der Tatsache, daß die deutschen Werke geradezu mit Genehmigung der Entente ins Leben getreten sind, trifft die Entente selbst die moralische Schuld dafür, daß dieses klare Recht der deutschen Werke nun zu einer Katastrophe verdreht worden ist. (Beifall.)

In der Besprechung geistelten fast sämtliche Redner das Verlangen der Kontrollkommission als einen Akt der Rache und des Sadismus. Der Abg. Koch konnte zum Schluß feststellen, daß die gesamten Parteien ihre Stimmen in seinem Sinne erhoben haben. Das Haus trat dann in die erste Beratung des Besatzungsgesetzes ein, in deren Verlauf ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß das Reich bereit sei, den Einzeländern zur Aufbesserung der Beamtengehälter Vorschläge vierteljährlich im Voraus zur Verfügung zu stellen. Die Vorlage wurde in erster Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Lesung erhoben die Kommunisten Widerspruch. Das Haus vertagt sich sodann auf Freitag.

### Kredithilfe der Industrie und Reichseisenbahn.

Gestern vormittag begannen, der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge, die angeforderten Besprechungen des Reichsfinanzministers mit Vertretern der Industrie und der Banken über die Frage der Kredithilfe.

### Die Deutsche Filmschule.

München, Anfang Nov.

Die Presse wird heute noch in erregten wissenschaftlichen u. pädagogischen Kreisen als „notwendiges Übel“ betrachtet. Der Philosoph Eduard von Hartmann hat diese merkwürdige Begriffsbestimmung geprägt und die Jugend ausdrücklich gewarnt vor der Wirkung der Zeitungsliteratur, die der Geistes- und Charakterbildung abträglich sei. Dem Film gegenüber geniesst die Presse bei der Mehrheit der strengen Wissenschaft noch den Vorzug wenigstens als notwendigem Übel angesehen zu werden. Der Film ist diesen Kreisen das Übel schlechthin. Während der zünftliche Wissenschaftler eine dilettantische wissenschaftliche Arbeit als „Journalismus“ bezeichnet, pflegt die ernste Kunstkritik dilettantische und nur auf die augenblickliche Sensation abzielende literarische und dramatische Werke als „Kino“ zu bezeichnen. Journalismus und Kino sind also bei der ersten Wissenschaft und Kunst feststehende Begriffsbezeichnungen für eine minderwertige und verwerfliche Arbeit und Arbeitsmethode geworden. Aus solchen Stimmungen und Umständen erklärt es sich, daß die amtliche Pädagogik sich bisher größtenteils gegen eine methodisch wissenschaftliche Behandlung des Film wie des Pressewesens ablehnend verhielt.

Am Zeitungsweesen konnten freilich unsere Hochschulen mit der Zeit nicht mehr ganz vorbeigehen. Seitdem im Jahre 1884 Professor Karl Bücher als erster auf der Universität Basel das Zeitungsweesen zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Darstellung gemacht hat, sind nach und nach an verschiedenen Hochschulen Vorlesungen über Zeitungsweesen zugelassen worden, und die vielseitigen Bestrebungen, ein eigenes Institut für Zeitungswesen zu begründen, haben immerhin einige Auswüchse. Mit einer noch größeren Abneigung hat, wie gesagt, der Film zu kämpfen. Aus den Schriften und Büchern der von Gelehrten, namentlich von Philologen und Kunsthistorikern, wie Professor Konrad Lange in Tübingen, über den Film geschrieben worden sind, spricht ein eingeleiteter Haß gegen das Lichtspiel oder wenigstens das Kinodrama. Dieser Haß ist weitverbreitet und leider in vielen Fällen wohl begründet; denn das heutige Kinodrama ist durchschnittlich in der Tat vom ethischen und ästhetischen Standpunkt aus wirklich hasensüß. Und doch müßten sich alle verständigen Volkserzieher darüber einig sein, daß der Film ebenso wie die Presse wegen ihrer tiefgehenden Wirkung auf die Massen, namentlich in unserer Zeit der Not und des Zusammenbruchs, zu Kulturfaktoren ersten Ranges berufen wären. Um alle diejenigen, die bei der Herstellung des Films beteiligt sind, dazu zu be-

In Ausführung der seitens des Reichsverbandes der deutschen Industrie wegen der Kreditaktion abgegebenen Erklärungen, insbesondere der Wiederholung und zuletzt im Anschluß an die Beschlüsse der Münchener Tagung vom 28. September d. J. betonten Notwendigkeit sparsamer Finanzwirtschaft und Ordnung des Etats ist, nach einer A.L.-Meldung, gestern dem Reichsfinanzminister seitens der A.L.-Meldung der zur Fortführung der Beratungen eingesetzten Kommission folgendes erklärt worden: Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftens von den ihm auferlegten Fesseln, kommen zunächst Aktionen der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend die sonstigen öffentlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Form zu bringen. Die Durchführung solcher Maßnahmen hat möglichst auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verlauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet, zu erfolgen. Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, Vorschläge, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktische Inhalt gegeben werden muß. Kein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin geführt werden, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person bezinsen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus dieser Unternehmung befreit wird. Die Entlastung des Reichs von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung nach, noch in wirtschaftlicher Beziehung von Nutzen sind, kann, nach Auffassung der Industrie, nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen, die aber an sich und nach der örtlichen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insofern der Artikel 248 des Friedensvertrags Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderweitigen Lösung zuzuführen. Auf dieser Grundlage wird die Industrie in Verhandlungen mit den deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Änderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angebotenen Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reichs, sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der angeführten Neuorganisation der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den deutschen Kreditgebern, kann nur unter Führung der deutschen Industrie im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen. Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgesundheit, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diese freiwilligen Kredite zur Verfügung stellen, in zu vereinbarenden Weise entsprechende Entlastung gewähren.

### Gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen.

Vertreter der Gewerkschaften der Beamten und Arbeiter der Reichseisenbahnen sprachen sich gestern in einer Versammlung mit großer Schärfe gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen aus. In einer Entschließung lehren sie aus vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung der Reichseisenbahnen ab und erklären, den darauf gerichteten Bestrebungen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten und auch vor Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückzuschrecken.

### Das neue preussische Kabinett.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landtags gab Ministerpräsident Braun folgende Erklärung ab: Der Verfassung entsprechend habe ich folgende Herren zu Ministern ernannt: Justizminister: am Hofe; Minister des Innern: Sehering; Kultusminister: Dr. Böllig (Unruhe bei den Kommunisten); Handelsminister: Stiering; Finanzminister: Dr. v. Richter (Rufe bei den Kommunisten); Der alte Kapist!; Landwirtschaftsminister: Dr. Wendorf; ich beabsichtige,

den Verbandssekretär Striffler, der gegenwärtig im Ausland weilt, zum Wohlfahrtsminister zu ernennen.

Der Ministerpräsident gedenkt dann der Not der besetzten Gebiete und besonders der Lubitz Oberstleuten. Mit den obersteleischen Brüdern, die von uns scheiden, bleiben wir im Geiste verbunden. Kein Nachspruch des Siegers kann die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes zerreißen. In den Staatshaushalt zu balancieren, muß die steuerliche Kraft unseres Volkes nach weiter angespannt und vor allem der Besitz in seiner ganzen Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Eine größere Selbständigkeit der Staatsfinanzen ist anzustreben. Die wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes müssen gefördert werden, besonders die landwirtschaftliche Erzeugung. Wir wollen die Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung. Die Auswüchse des Wuchers, die Preistreiber und der wüsten Spekulation auf dem Waren-, Effekten- und Devisenmarkt müssen bekämpft werden. Vor allem muß die Jugendberziehung in den Schulen auf Stärkung der geistigen Seite gerichtet sein. Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung ist die Demokratisierung der Verwaltung. Die dazu bestimmten Gesetze werden mit größter Beachtung vorgelegt werden. Die Beamtenschaft muß bereit sein, die Verfassung mit allen Mitteln zu schützen. Ein zeitgemäßes Disziplinalgesetz ist in Vorbereitung. Die Abspaltung einzelner Gebiete aus dem preussischen Staatsgefüge kann die Regierung nicht unterstützen. Wir wollen ein gedeihliches Zusammenarbeiten der preussischen Regierung mit der Reichsregierung. Die Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien wird ihre ganze Kraft einsetzen, um unser Land und Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren und einer besseren Zukunft entgegenzuführen. (Beifall bei der Mehrheit. Rufen auf der äußersten Linken.)

### Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

In den letzten zehn Tagen fanden beim deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Reichsminister a. D. Schäffer, Besprechungen mit den beteiligten Wirtschaftskreisen statt. Heute fand im Reichstoge unter dem Vorsitz des deutschen Bevollmächtigten eine Sitzung der obersteleischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten statt, an der auch Staatssekretär Dr. Sewald und Unterstaatssekretär Gähmert teilnahmen. Dr. Schäffer gab einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen und teilte ferner mit, daß die Vorkontrollkommission noch keine Mitteilungen über den Ort und die Zeit der Verhandlungen gemacht habe. Auch der Name des neutralen Vorsitzenden sei noch nicht genannt. Am Schluß bat Minister Schäffer um die tatkräftige Mitwirkung der obersteleischen Abgeordneten und sagte, daß er auch auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft den größten Wert lege.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Der 9. November. Die Feier des dritten Jahrestages der Revolution ist in Berlin in jeder Beziehung ruhig verlaufen. Nachmittags um 2 Uhr verließen die Arbeiter ihre Betriebe und begaben sich in geschlossenen Zügen nach 6 verschiedenen Plätzen, wo Ansprachen gehalten wurden. Man schätzte die Zahl der Demonstranten auf 70 000. Abends fanden in etwa 20 Lokalen unter Teilnahme von Familienmitgliedern Feiern statt.

\* Das Eisenbahnbesitz und seine Folgen. Da sich voraussichtlich der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt der Reichseisenbahnen von 6,5 auf 14,3 Milliarden erhöhen wird, sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. Dezember 1921 ab einen Zuschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen.

DZ. Boykott deutscher Waren. In den Submissionsbedingungen der Stadt Brüssel ist folgende Klausel enthalten: Kein Produkt deutschen Ursprungs ist zur Lieferung zugelassen. Jeder Verstoß gegen diese Bestimmung soll eine Konventionalstrafe von 25 Prozent der gesamten Lieferung nach sich ziehen. Der Submittent kann sich nicht auf seinen guten Glauben, nicht auf den geringen Wert des gelieferten Gegenstandes, nicht auf einen Irrtum über die Herkunft, noch auf die Tatsache berufen, daß er den gelieferten Gegenstand als von anderer Herkunft erworben hat. Dazu schreibt das Pariser Blatt „Le Bois“: Ein schönes Beispiel zur Nachahmung für unsere französischen Behörden.

Die neuen Reichsteuern. In Nr. 11, überflüssiger Darstellung mit Beispielen und Tabellen für den Gemeingebrauch erläutert. Von Rechtsanwalt Dr. Ernst Dede. „Aus Natur

schaft und Literatur. Für den Lehrkörper der Schule, deren Geschäftskreise im Münchener „Filmhof“ (an der Sonnenstraße 15) untergebracht sind, ist es gelungen, die hervorragenden Fachleute zu gewinnen. Darunter Professoren der Münchener Hochschulen, bewährte Filmregisseure und Lehrer der dramatischen und darstellenden Kunst, führende Photographen und bildende Künstler.

Die kinotechnische Abteilung der Schule ist staatlich; sie ist der bayer. höheren Fachschule für Photographie angegliedert. Die Abteilung für Darstellende Kunst und Regie gliedert sich in die Lehrabteilung für Darsteller und in die für den Filmregisseur und Dramaturgen. Der Gang der Ausbildung umfaßt in der ersten Abteilung vier Semester, nach denen eine Prüfung abgelegt ist; zur Ausbildung der Darsteller sind zwei Semester erforderlich; für den Filmregisseur und Dramaturgen vier Semester. In der Abteilung für Filmgeschäft und Filmrecht erhält der Kaufmann seine Sonderausbildung für die drei großen Zweige der Filmindustrie: Herstellung, Verleih und Theater. In der wissenschaftlichen und literarischen Abteilung soll vor allem die Schriftsteller, die Angehörigen der Presse, Beamten, Lehrer usw., die mit den Angelegenheiten des Filmwesens in Verbindung kommen, die Arbeit, Ziele und Erfahrungen dieses Gebietes kennen lernen und mit der Bedeutung und den Aufgaben des Filmwesens in volkswirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht vertraut werden. Die Vorlesungen finden Abends in Hörsälen der technischen Hochschule und der Universität statt und sind Zuhörern aus allen Berufen zugänglich. Die Gebühren sind so niedrig, daß diese Vorlesungen als eine wertvolle Fortsetzung der bisher üblichen Volkshochschulkurse angesehen werden können.

Für die neue Bildungsanstalt zeigt sich in den Kreisen der beteiligten Industrie und im Publikum lebhaftes Interesse. Die Schule konnte ihre Abteilungen und Kurse in diesen Tagen mit einer sehr ansehnlichen Besucherzahl eröffnen. Man scheint in München den Wert und die Aufgabe des Films richtig erkannt zu haben und überzeugt zu sein, daß in der deutschen Filmschule ein bedeutungsvolles und erfolgreiches Werk geschaffen wird, das sorgfältig vorbereitet und geübt worden ist. Hoffen wir, daß der oben angebotene Realismus nicht recht behält, daß vielmehr die deutsche Filmschule insstande ist, wesentlich und kräftig an der sittlichen und künstlerischen Hebung des Films mitzuwirken. Wir haben keinen begründeten Anlaß, an der Möglichkeit einer Veredelung des Films in technischer und künstlerischer Beziehung zu zweifeln, aber es wird eben auch auf diesem Gebiete viele entscheidende und rastlose Arbeit kosten, um ideale Ziele zu erreichen.

Dr. F. M. H. L.

und Geisteswelt". Bd. 767. W. G. Leibner, Leipzig. In dem vorliegenden Bändchen ist der wesentliche Inhalt aller Steuererlasse in übersichtlicher Form zusammengestellt und durch kurze Erläuterungen und Beispiele verständlich gemacht.

## Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 11. November.

In der heutigen Landtagssitzung wurde zunächst über das Ergebnis der Wahlprüfung im IV. Kreis (Baden) verhandelt. Wegen dieser Wahl war ein Protest von deutsch-demokratischer Seite eingelaufen, der von leichtfertiger Auffassung der Wählerlisten sprach. Die Kommission kam mit Mehrheit zu dem Schluss, daß die Wahl für gültig zu erklären sei, wogegen der Abg. Schön (Dem.) Erhebungen gewünscht hätte.

Das Haus schloß sich dem Antrag des Berichterstatters Dr. Lehner (Ztr.) gegen die Stimmen der Demokraten, Volkspartei und der äußersten Linken an, überwiegt die Akten dem Ministerium des Innern und ersuchte das Staatsministerium, anzuordnen, daß in allen Gemeinden eine Liste der Stimmberechtigten angelegt und fortlaufend geführt wird.

Darauf wurden die Wahlen der Landbesitzer für gültig erklärt, worauf man zur Frage der Fraktionsziffer überging. Im Altersauschuß kam eine Vereinbarung dahin zustande, die Zahl der Mitglieder der drei Hauptauschüsse (Haushalt, Besuche und Beschwerden, Rechtspflege und Verwaltung, auf 21 festzusetzen, wodurch auch den kleineren Gruppen die Teilnahme an den Ausschüßberatungen ermöglicht wird.

Die Volkspartei und Kommunisten gogen nach dieser Regelung ihre Anträge zurück, um sie bei einer etwaigen Änderung der Geschäftsordnung wieder einzubringen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. In der nächsten Sitzung, die voraussichtlich Freitag, den 18. November stattfindet, soll die neue Regierung berufen und die noch Ende dieser Woche zu erwartende, direkt an den Haushaltsauschuß gehende Besetzungsvorlage beraten werden.

DZ. Neue Anträge und Anfragen. Die Zentrumsfraktion des Landtages hat verschiedene Anträge eingebracht. So wird die Regierung im Hinblick auf die erhebliche Teuerung und Geldentwertung ersucht, bei der Reichsregierung auf eine unverzügliche, zeitgemäße Abänderung der Staffelung des Einkommensteuervertrages hinsichtlich der kleinen und mittleren Einkommen hinzuwirken. Ferner wird die umgehende Aufhebung des Verbots des Brennens von Tapinambur verlangt, da sich die Verhältnisse seit 1917 vollständig verändert haben.

Ein dritter Antrag geht dahin: Für den Fall daß der Entwurf der Reichsregierung zu einem Vermögenssteuergesetz beim Reichstag Annahme findet, wolle die badische Regierung bei der Reichsregierung erwirken, daß bei der Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke, sowie bei der Bewertung der bebauten, zu Wohnzwecken dienenden Grundstücke für die in § 17 des Entwurfes vorgesehene Zeitspanne die Grundsätze des Reichsnotopfers Anwendung finden sollen.

Schließlich wird die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung auf die Abänderung des Umsatzsteuergesetzes in dem Sinne hinzuwirken, daß ein Verbot der Erzeuger bei Festsetzung der Umsatzsteuer außer Betracht bleibt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ferner Anfragen gestellt, betr. Maßnahmen gegen die Kartellwertteuerung und die außerordentliche Knappheit an Bauholz.

DZ. Weitere Eingänge. Dem Landtag ist eine längere Darlegung des Justizministeriums mit Bezug auf die Landtagsverhandlungen über das Geschäftsbereich der Landwirtschaftskammer in der 56. Sitzung vom 30. Juni 1920 zugegangen. Das Justizministerium hat dem Landtag außerdem die Erlasse betreffend die Entlastung der Gerichts- und Grundbuchbeamten mitgeteilt.

DZ. Die Fraktion des Landbundes hat im Vorstand eine Änderung dahin getroffen, daß den Vorsitz Abg. Klüber übernimmt, als Stellvertreter Abg. Hertle und als Schriftführer der Abg. von Au fungiert.

In der demokratischen Fraktion, die der Abg. Dr. Wladner führt, bekleidet der Abg. Schön das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Strauß das des Schriftführers.

Das Landeskartell Baden des Deutschen Beamtenbundes hat an den Landtag eine Eingabe wegen der Ortsklasseneinteilung gerichtet.

## August Strindberg.

Am Donnerstagabend sprach Kunstschriftsteller Heinrich Berl über den großen schwedischen Dichter August Strindberg. Er stellte ihn mit Nietzsche und Weininger zusammen als den beiden andern Antifeministen am Ausgang des vorigen Jahrhunderts, während sie doch in Wirklichkeit alle drei Weiber waren. Nur aus dieser Veranlagung heraus kann Strindberg begriffen werden. Überhaupt ist die Wesensmischung des Dichters eine ganz ungewöhnliche. Voraussetzung seines Schaffens ist tiefe Keibartel. Als die beiden Haupttendenzen seines Wesens bezeichnet Berl den Zweifel und Empfindlichkeit gegen den Drucl. Charakteristisch ist seine Auffassung von der Liebe: sie erscheint ihm als ein Raub an der Persönlichkeit und alsbald wendet er sich gegen sie mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Wesens.

Strindbergs Glaube an einen Weltwillen macht ihn zum Fatalisten. In all seinen Dichtungen hämmert er uns ein, daß wir der vorgezeichneten Bahn nicht entkommen können. Die Menschheit ist im Weltwillen gefangen.

Das zweite für Strindberg charakteristische Moment ist sein Pessimismus, der schwärzer ist als der Shakespeares oder Schopenhauers. Überall fehlt Einheit und Harmonie. Schon daß man überhaupt sein Leben lebt, ist eine Geldmoral. Das ganze Leben ist eine einzige bittere Dual, eine perverste Wiederholung derselben Leiden. Auch die Liebe ist im Grunde nichts anderes als Haß, der angeht. In der Ehe tobt sich der Kampf der Geschlechter aus.

Durch zahlreiche Zitate aus Strindbergs Dichtungen, vor allem durch eine feinsinnige Analyse der Wesensmomente suchte Berl das Widersprüchliche, das Persephende, das Ohnmächtige und Kläglichke von Strindbergs Menschentum darzutun.

Es ist ganz klar, daß der Redner nicht im Stande war, in einer kurzen Stunde eine erschöpfende Darstellung dieses reifen und komplizierten Charakters, dieser gedankenreichen, schillernden, interessanten Dichterpersonlichkeit zu vermitteln. Aber er gab den Hörern, die diesmal etwas zahlreicher erschienen waren, doch immerhin eine Impression von der geistigen Feinheit und künstlerischen Physiognomie, die der Name Strindberg umschließt, eine Impression, die allerdings viel tiefergehender hätte sein können, wenn der Vortragende seinen Stoff nur mit etwas mehr Temperament angefaßt hätte. F.

## Zum Tode des Geistl. Rats Wacker.

Staatspräsident Trunz hat den Hinterbliebenen des verstorbenen früheren Landtagsabgeordneten Geistl. Rats Wacker das Beileid des Staatsministeriums ausgesprochen.

In einem weiteren Beileidsschreiben welches der Staatspräsident namens des Staatsministeriums an die Zentrumsfraktion des Badischen Landtags gerichtet hat, heißt es u. a.: „Dem hervorragenden Staatsbürger und Politiker Theodor Wacker ist die Mitarbeit zur Rettung Badens und Deutschlands aus den katastrophalen Folgen des Weltkrieges und die politische Mitarbeit nach der Staatsumwälzung an der staatlichen Wiederaufbau nicht mehr möglich gewesen. Geistl. Rat Theodor Wacker ist aber ein ganz hervorragender von denen gewesen, welche während der vielfach staatlich-glücklichen Kriegsvorzeit selbstlos opferreiche Vorarbeit getan haben zur Schulung des badischen Volkes für das staatspolitische, bürgerliche, soziale und nationale Fühlen, Denken und Handeln, so daß es — wie geschehen — möglich gewesen ist, auch das Unglück und die Wirnisse der letzten Jahre mannhaft zu ertragen und bisher zu überwinden, und das insbesondere wird an seiner Bahre allseits erkannt und ihm gegenüber anerkannt werden müssen.“ Die Staatsregierung wird an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen.

## Kartoffelsperre gegen Baden?

Die große Kartoffelnot, die zur Zeit in Baden herrscht, hat bei uns die Hoffnung entstehen lassen, daß früher wie Baden mit landwirtschaftlicher Hilfe durchsicheres Land Württemberg würde im Wege der Ausfuhr von Kartoffeln zutommen lassen. Diese Hoffnung erwies sich aber als hinfällig, nachdem bekannt geworden war, daß Württemberg bei der Reichsregierung um die Befreiung eines Ausfuhrverbots für Kartoffeln nachgesucht hat. Die Reichsregierung konnte diesem Erfuchen nicht stattgeben, da die Zwangswirtschaft für Kartoffeln aufgehoben ist und sein Land das Recht hat, sich auf diesem Gebiete abzugeben.

Nun geht eine Notiz durch die Tagespresse, daß in Württemberg 15 Millionen Zentner Kartoffeln geerntet wurden; nach Abzug der für Befütterung und Saatgut erforderlichen Mengen blieben noch ungefähr 7,3 Millionen Zentner für die menschliche Ernährung übrig. Diese Quantität reichte gerade für die Versorgung der württembergischen Bevölkerung aus.

Diese Zahlen sind nicht nachzuprüfen. Aber die Tatsache muß festgestellt werden, daß Baden Kartoffeln aus dem württembergischen Lande nicht erhält, obgleich ein Kartoffelausfuhrverbot in unserem Nachbarlande nicht besteht. Da Baden in Bezug auf Kartoffeln in hohem Maße bedarfslos ist, trägt der geschilderte Umstand nicht zur Hebung unserer Kartoffelnot bei.

## Entscheidungen des bad. Verwaltungsgeschichtshofes.

(Originalbearbeitung für die „Karlsruher Zeitung“.)

13. Zweimalige Versteigerung einer Gemeindejagd in einer Versteigerungstagfahrt.

In der öffentlich bekannt gegebenen Versteigerungstagfahrt, in welcher Gutsbesitzer G. und Regiermeister J. als Bieter auftraten, wurde zunächst dem letzteren der das höchste Gebot gemacht hatte, der Zuschlag erteilt. Als aber der Gutsbesitzer G. verlangte, der Ersteher solle seine Jagdfähigkeit nachweisen, und J. die Versteigerungskommission des Gemeinderats um die Bewilligung einer Frist von 2 Stunden ersuchte, damit er den Beweis dafür beibringen könne, wurde diese Bewilligung verweigert. Die Jagd alsbald nochmals ausgeteilt und dem Gutsbesitzer G. der Zuschlag erteilt. Auf die von einem Gemeindebürger gegen diese Verpachtung erhobene Beschwerde wurde der Pachvertrag durch den Bezirksrat aufgehoben. Der hiergegen erhobene Klage des Jagdpächters G., der die Aufhebung der Bezirksratsentscheidung beantragte, gab der Gerichtshof statt.

Der Grund für die Aufhebung des Pachvertrags über die Gemeindejagd hatte der Bezirksrat ausschließlich darin gefunden, daß die Verpachtung der Jagdfläche des § 3 Abs. 1 JagdGef. zuwider nicht in öffentlicher Versteigerung geschähen sei, weil er annahm, es haben in der Tagfahrt zwei getrennte Versteigerungen der Jagd stattgefunden und für die zweite Versteigerung fehle das Erfordernis der Öffentlichkeit, denn die öffentliche Bekanntmachung zu einer solchen zweiten Versteigerung sei unterlassen worden. In Wirklichkeit hatte jedoch die Versteigerung, die in ausreichendem Umfang bekannt gemacht worden war, öffentlich stattgefunden und zwar während der ganzen Dauer ihres Verlaufes bis zum endgültigen Ergebnis der Verpachtung. Nach dem tatsächlichen Verlauf kann angenommen werden, daß sämtliche Beteiligten das erstmalige Angebot und den Zuschlag an J. auf sein Gebot für unwirksam gehalten. Bei dieser Sachlage war es nicht zu beanstanden, daß in der gleichen Versteigerungstagfahrt die Ausbietung von neuem stattfand, denn die Versteigerung, die doch zu einer Verpachtung der Gemeindejagd führen sollte, war nicht abgeschlossen, das Versteigerungsverfahren nicht erledigt. Darum war der Vorbehalt des § 3 JagdGef. nicht zuwidergehandelt, der Aufhebungsgrund des § 10 Abs. 1 Ziff. 1 JagdGef. nicht vorhanden. Zur Anordnung einer nochmaligen Versteigerung mit nochmaliger öffentlicher Bekanntmachung lag ein Anlaß nicht vor. (Urteil vom 8. Juli 1919 Nr. 1625.)

## Jubiläum der Schwarzwälder Handelskammer.

DZ. Die Schwarzwälder Handelskammer für den Kreis Büdingen und den Amtsbezirk Reusbach konnte am Sonntag ihr 25jähriges Bestehen feiern. Die Feier fand im alleherwürdigen Saal des alten Rathauses in Büdingen statt. Es waren in außerordentlich großer Anzahl Gäste aus den verschiedensten Teilen des Landes erschienen. Unter anderen wohnte auch der Minister des Innern, Remmele, dem Festakt bei. Mit herzlichen Worten begrüßte der Präsident der Kammer, Kommerzienrat Fabrikant Karl Haas-St. Georgen die Erschienenen, auf die geleistete Arbeit hinweisend, die für die gesamte Industrie des Schwarzwaldes so bedeutungsvoll war. Zum Segen der Schwarzwälder Industrie und des Handels und damit auch zum Segen des Vaterlandes, werde die Handelskammer weiterhin tätig sein. Dann ergriff Minister Remmele das Wort, um der Kammer seinen Dank auszusprechen für die tatkräftige Mitarbeit, die das Ministerium des Innern jederzeit bei ihr gefunden habe.

Aus der Geschichte der Handelskammer ist hervorzuheben, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Bezirks der Kammer rasch voranschritt. Im Jahre 1896 betrug die Steuerkapitalien, die den Handelskammerbeiträgen zugrunde gelegt wurden, rund 27 Millionen M., bis zum Jahre 1914 waren sie schon auf rund 79 Millionen M. gestiegen, im Jahre 1918 beliefen sie sich auf rund 103 Millionen M. Im Jahre 1918 konnte die Kammer ein eigenes Gebäude erwerben. Die wirtschaftlichen Beziehungen des Kammerbezirks reichen in alle Länder der Erde. Während des Krieges entfaltete die Handelskammer eine au-

ßerordentlich zuge Tätigkeit durch die Vermittlung von Deeresaufträgen. Für rund 8 Millionen M. Schmitthäuser wurden für die Sägewerke und für 2 Millionen M. Pionierwagen, Pannitionskisten und Teile für die Industrie vermittelt und zur Berechnung gebracht. Selbstverständlich hatte die Kammer ständig auch dem Hotelgewerbe und dem Fremdenverkehr ein warmes Interesse entgegengebracht, ebenso dem Kleinhandel. Aus Anlaß des Jubiläums wurde von Syndikus Dr. Jordan-Billingen eine Denkschrift verfaßt, die ein umfassendes Bild von der Tätigkeit der Kammer während der 25 Jahre gibt.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Auszeichnung. Geistlichen Rat Dr. Schäfer, dem Führer der Zentrumsfraktion des Badischen Landtags, ist vom Papst die Würde eines päpstlichen Hausprälaten verliehen worden.

\* Eine Ehrung des Ministers Hummel. Wie wir erfahren, wurde von der Technischen Hochschule Karlsruhe der Minister für Kultus und Unterricht, Hermann Hummel, wegen seiner Verdienste um das badische Hochschulwesen zum Ehren doktor ernannt.

\* Druckschüler. In der gestrigen Notiz „Ein gerichtliches Nachspiel zum Oppauer Unglück“ hat sich ein Druckschüler eingeschlichen. Der Angeklagte Strobel ist nicht, wie es im letzten Absatz heißt, zu 3 Monaten, sondern zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden.

DZ. Mannheim, 10. Nov. Mit dem Wiederaufbau des vollständig zerstörten Ortes Oppau konnte leider noch nicht begonnen werden, da allein die Begleittransportierung der ungeheuren Schuttmassen einen Betrag von über 100 000 M. erfordert. Man kann sich daraus wohl eine Vorstellung machen, um welche ungeheure Arbeit es sich schon hier handelt. Neu aufgebaut müssen circa 300 Hauptgebäude, ebensoviel Nebengebäude, Stallungen, Scheunen usw. werden. Diejenigen Häuser, die nur teilweise zerstört waren, sind bereits aufgebaut und werden bemohnt. Für die Bewohner, deren Häuser vollständig zerstört wurden, ist ausreichende Sorge getragen. Sie sind in doppelwandigen Baracken untergebracht. Allerdings ist dies nur ein Notbehelf, der die massiv gebauten Häuser nicht voll ersetzen kann. Der Rest der Baracken ist in Arbeit und wird in allernächster Zeit fertig gestellt sein. Die Kosten für die Neubauten, Unterbringung, Unterhaltung sind ganz ungeheuer. Obwohl weit über 50 Millionen Mark für Oppau eingegangen sind, so reicht doch diese Summe noch bei weitem nicht, um der großen Not zu steuern und den Wiederaufbau Oppaus zu vollenden. Es wird daher wiederholt an die Mithilätigkeit appelliert, der Unglücklichen in Oppau zu gedenken.

DZ. Mannheim, 10. Nov. In der gestrigen Versammlung der ausgesperrten Arbeiter bei Benz wurde scharfe Stellung gegen die von der Direktion aufgestellten Bedingungen genommen. Der Vorschlag des Vertrauensmannes, Stadtverordneten Krumpfheller, die Angelegenheit einer aus funktionsnäheren sämtlicher Mannheimer Betriebe zusammengesetzter Versammlung zu unterbreiten, wurde angenommen. Nachmittags versammelte sich eine große Arbeiterzahl auf dem Wehlplatz und zog in geschlossenem Zuge vor den Rosengarten. Im Zuge wurde ein Schild mitgeführt mit der Aufschrift: Nieder mit Ludendorff und Helfferich! Nieder mit der Reaktion! Wir kämpfen nur für eine sozialistische Republik. Vom Balkon des Rosengartens aus hielten zwei Redner Ansprachen, in der sie erklärten, daß sie entschlossen seien, allenfalls auch gegen den Willen ihrer Führer zu handeln. Eine diesbezügliche Entschließung wurde einstimmig angenommen. Zu Zwischenfällen kam es nirgends. In der Funktionärerversammlung der Mannheimer Betriebe gelang es, einen Beschluß auf Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Demobilisationskommissar und den Vertretern der Firma durchzuführen.

DZ. Mannheim, 10. Nov. Einer der populärsten Bürger Mannheims, Heinrich Weirich, ist gestern Abend als er im Begriffe war zum Vereinslokal der Schneiderinnung zu gehen, plötzlich eines Herzschlages gestorben. Weirich, der Präsident der Mannheimer Arbeitervereine war gewissermaßen der Mittelpunkt des Mannheimer geselligen Lebens, von unermesslichem Humor und ungewöhnlichem Organisationsstalent.

DZ. Oberhausen, 9. Nov. Infolge starken Auftretens des Rastern mußte auf Anordnung des Bezirksarztes die Volksschule auf 14 Tage geschlossen werden. Am letzten Schultag fehlten nicht weniger als 300 Schüler.

DZ. Wiesloch, 10. Nov. Die außerordentliche Hauptversammlung der Gemeinnützigen Bauernschaft am 8. ds. beschloß einstimmig, die Tätigkeit der Genossenschaft auf die Umgebung von Wiesloch auszudehnen, jedoch an den Sitzungen keinerlei Änderungen vorzunehmen.

DZ. Ettlingen, 7. Nov. Die Arbeiterschaft der Spinn- und Weberei Ettlingen hat durch Überstunden den Betrag von 20 610 M. zusammengebracht. Die Spende der Beamten und Angestellten ist dabei nicht inbegriffen.

DZ. Baden-Baden, 10. Nov. Nach dem Ergebnis der Wahlen zur Krankenkasse der Bauernvereine, Innung entfallen auf die Freien Gewerkschaften 22, auf die Christlichen Gewerkschaften 10 Sitze im Ausschuss der Krankenkasse. Dem Vorstand werden künftig 6 Vertreter der Freien und 2 Vertreter der Christlichen Gewerkschaften angehören. Das Wahlergebnis bedeutet einen vollen Erfolg der freigewerkschaftlichen Verbände des Deutschen Bauernarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

DZ. Freiburg, 9. Nov. Der Verein Freiburger Ärzte hat eine Eingabe mit häuslichem Material an das Ministerium des Innern nach Karlsruhe geschickt betr. die mangelhafte Versorgung der Stadt Freiburg mit Milch.

DZ. Aus dem Bezirk Waldkirch. Das Finanzamt Waldkirch bestrafte wegen Hinterziehung der Umsatzsteuer einen Landwirt und Fuhrunternehmer aus der Nachbarschaft mit 15 195 Mark. Zahlreiche Landwirte aus der Umgebung wurden ebenfalls wegen hinterzogener Umsatzsteuer in eine Geldstrafe genommen, deren Höhe sich zwischen 4635—6000 M. bewegt.

## Aus der Landeshauptstadt.

### „Unerhörter Skandal“.

Unter dieser Marke berichtet der „Residenzanzeiger“ (Nr. 147 v. 9. Nov.) über Ausdrehungen, die sich in der Nacht vom 4. auf 5. Nov. in der Wirtschaft z. Karpfen zugezogen haben und von einigen Leuten begangen wurden, die in letzter Zeit mehrfach nach Schluß der Polizeistunde in Wirtschaften Madat gemacht haben sollen.

Der „Residenzanzeiger“ glaubt zu diesem Vorfall Bemerkungen über die „derzeitigen Sicherheitszustände in Karlsruhe“ machen zu müssen, die, wie man uns von unterrichteter Seite schreibt, vollkommen unbegründet sind. Der Wirt z. Karpfen der sich durch diese Leute besonders belästigt fühlte, soll die Polizei aufmerksam gemacht haben, „ohne daß diese sich zum Einschreiten veranlaßt sah“. Dies trifft in keiner Weise zu. Die Polizei hat, nachdem sie von dem Wirt Kenntnis erhalten hatte, daß er wiederholt von diesen Leuten belästigt worden sei, alsbald angeordnet, daß die Patrouillen auf ihren

Mundgang namentlich zur Zeit der Polizeistunde ist besonders unangenehm auf die Wirtschaft zum Karren und deren Umgebung richten. Ein Anlaß zum Einschreiten lag für die Polizei vor dem Vorfall in der Nacht vom 4. auf 5. November nicht vor. Bei den Ausschreitungen in dieser Nacht kamen auf telephonischen Anruf sofort Polizeibeamte von der Wache Karls- tor und der Wache Karlsfriedrichstraße und nahmen die Täter fest. Wenn der „Reisenzangeier“ daran Kritik übt, daß über die Vorgänge nur ein kurzer Polizeibericht ausgegeben wurde, so tut er das ohne Rücksicht auf die Interessen der Wirt, die bekanntlich den größten Wert darauf legen, daß ihr Lokal nicht durch derartige Vorgänge in der Öffentlichkeit geschädigt wird. Der Polizeibericht hat diese Interessen nicht außer Acht gelassen. Der Inhalt der Notiz im „Reisenzangeier“ ergibt sich in bunten Andeutungen auf Grund dieses angeblich „typischen Falls“, der veranlassen sollte, „einmal auf der Polizeidirektion nach dem rechten zu sehen“. Daß dazu kein Grund vorliegt und der Polizeibericht aus diesem Falle keinerlei Sonderauf- gemacht werden kann, ergibt sich aus dem Gefagten für jeden Unvoreingenommenen von selbst. Auch die weiteren Andeu- tungen über die „berzeitigen Sicherheitszustände“ in Karlsruhe, die dieser Fall „schlaglichtartig beleuchtete“, dürften jeder sach- lichen Grundlage entbehren.

Hilfs-Kasse für Deutsche Rechtsanwälte Leipzig. Am 30. Oktober d. J. hat zu Leipzig die 37. Hauptversammlung der Hilfskasse für deutsche Rechtsanwälte stattgefunden. Das Ge- schäftsjahr schließt mit einer Mitgliederzahl von 12 688 gegen 11 322 im Vorjahre. Das Vermögen der Kasse betrug am 30. Juni 1921 1 115 641,34 M. Bis zu diesem Tage war für das am 1. Juli d. J. begonnene neue Geschäftsjahr für ordent- liche Unterstützungszwecke schon über 294 200 M. verfügt.

## Badische Gemeindegewinnung.

DZ. Ettlingen, 10. Nov. Der Antrag an die Bezirksgemein- den um Abgabe von Kartoffeln hat, wie mitgeteilt wird, bisher nur bei der Gemeinde Spielberg Erfolg gehabt. Diese sandte unentgeltlich einen Wagen Kartoffeln.

DZ. Neuburgweiler (Amt Ettlingen), 8. Nov. Im dritten Bürgermeisterversammlung erhielt Landwirt Reichert 160, der bisherige Ortsvorstand Wacker 86 Stimmen, ungültig sind 6 Stimmen. Somit ist wiederum eine definitive Wahl nicht zu- stande gekommen, weshalb die Regierung nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften einen kommissarischen Verweser ein- setzen wird.

DZ. Baden-Baden, 8. Nov. Im Stadtrat wurde der Haus- haltsplan für 1921 festgestellt. Zur Deckung des Mehraufwands sind Einnahmen und Ausgaben ist die Erhebung einer Anlage von 1,42 M. auf 100 M. Steuerwert, des Hegegeschäft- lichen und gewerblichen Betriebsvermögens erforderlich. — Nach der Entwicklung des Arbeitsmarktes ist für den kommenden Winter wohl nicht mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen. Fürsorglich werden jedoch 500 000 M. beim Bürgermeis- terschaft für im Bedarfsfall auszuführende städtische Notstands- arbeiten angefordert.

DZ. Gutach, 8. Nov. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt der bisherige Bürgermeister Johann Wöhle von 696 abge- gebenen Stimmen 695. Wöhle ist bereits 33 Jahre im Amt.

## Amtliche Bekanntmachung.

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der Reichs- versicherungsordnung im Amtsbezirk Karlsruhe betr.

Das badische Oberversicherungsamt Karlsruhe hat mit Verfügung vom 20. Oktober 1921 Nr. 3755 auf- grund der §§ 149 ff. der R.V.O. den ortsbildlichen Tageslohn für gewöhnlicher Tagelöhner (Ortslohn) für den Amtsbezirk Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Januar 1922 wie folgt festgesetzt:

I. in der Stadt Karlsruhe nebst Vororten:	
a) für männliche Personen:	b) für weibliche Personen:
über 21 Jahre 30 M. über 21 Jahre 24 M.	über 21 Jahre 24 M. über 21 Jahre 18 M.
von 16—21 Jahren 24 „ von 16—21 Jahren 18 „	von 16—21 Jahren 18 „ von 16—21 Jahren 12 „
von 14—16 Jahren 16 „ von 14—16 Jahren 12 „	von 14—16 Jahren 12 „ von 14—16 Jahren 6 „
Kinder unter 14 Jahren 8 „ Kinder unter 14 Jahren 6 „	Kinder unter 14 Jahren 6 „ Kinder unter 14 Jahren 5 „
II. in den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe:	
a) für männliche Personen:	b) für weibliche Personen:
über 21 Jahre 24 M. über 21 Jahre 20 M.	über 21 Jahre 20 M. über 21 Jahre 15 M.
von 16—21 Jahren 18 „ von 16—21 Jahren 15 „	von 16—21 Jahren 15 „ von 16—21 Jahren 10 „
von 14—16 Jahren 12 „ von 14—16 Jahren 10 „	von 14—16 Jahren 10 „ von 14—16 Jahren 5 „
Kinder unter 14 Jahren 6 „ Kinder unter 14 Jahren 5 „	Kinder unter 14 Jahren 5 „ Kinder unter 14 Jahren 4 „
Karlsruhe, den 24. Oktober 1921. 3.687	
Bad. Bezirksamt — Versicherungsamt. O-3.167	

## Badisches Landestheater.

Samstag, 12. Nov. 7—10 Uhr. Mk. 14.40  
**Rose Bernd.**

Im Landestheater. So. 13. nachm. 2. Der Froschkönig oder Der eiserne Heinrich. (7.00.) abends 7. Der fliegende Holländer. (25.00.) — Die 15. Madame Butterfly. 7. (20.00.) — Mi. 16. Schuler- miete-Vorstellung. A. 8. Kette. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801—1050. 7. (15.00.) — Do. 17. Die Wildente. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 401—800. 7. (15.00.) — Fr. 18. Die verstellte Einfall. Theater-Gemeinde B.V.B. Nr. 1651—2100. 7. (20.00.) — Sa. 19. Neu einstudiert. Der Kaufmann von Venedig. 7. (17.00.) — So. 20. Der Prophet. 6. (30.00.) — Mo. 21. III. Sinfonie-Konzert. Leitung: Fritz Cortolezis. Solistin: Edith Lorand, Berlin. 7. (9.00.) — Die 22. Neu einstudiert. Manon. 7. (25.00.)

Im Konzerthaus. So. 13. Börsenfeber. 7. (12.20.) — Die 15. Volksbühne C 2, Fr. 18. Volks- bühne C 3, Die 22. Volksbühne C 4, jeweils Kom- mödienabend. Der zerbrochene Krug. Der eingebil- dete Kranke. 7.

In der Festhalle. Mo. 14. Volksbühne. K. 1. Volkstümliches Sinfonie-Konzert. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1051—1650 und 3351—3574. 7 1/2. (10.00.) Mi. 16. Missa solemnis. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—2055. 7. (12.00.)

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/1, 4—6 Uhr). Für Missa solemnis 11, 12. und 14. November (Karten auf Ergänzungsschnitt A zu M. 6.00 und 4.50), für das Volkstümliche Konzert am 12. und 14. Vorrecht für Umtausch der Vorkaufskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorkaufskarten am Samstag den 12., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag den 14. an.

DZ. Mühlheim, 8. Nov. In den Verhandlungen, die das Bürgermeisterrat wegen des Erwerbes eines Teiles der Ju- fanterieklammer mit dem Reichswehrministerium geführt hat, hat laut „Oberh. Anzeiger“ das Reichswehrministerium dem Verkauf des Mannschaftsbaus 2, des Wirtschaftsgebäudes und der Kantine an die Stadt zugestimmt, unter der Voraus- setzung, daß es dem Reich möglich ist, auch das Mannschafts- haus 1 abzuschließen, das die Stadt seit 1919 gemietet und zu Wohnwohnungen hergerichtet hat. Die verschiedenen Möglich- keiten, die verlangte Voraussetzungen zu erfüllen, werden zurzeit erörtert. Mit den Gebäuden erhält die Stadt einen beträch- tlichen Teil des ehemaligen Kasernenhofes, in dem von ihr be- auftragten Umfang. Aber den von der Stadt zu zahlenden Kaufpreis wurde ebenfalls eine Einigung erreicht. Der Preis beträgt rund 650 000 Mark.

DZ. Oberweier (Amt Lahr) 9. Nov. Landwirt Joseph Kott- ler wurde mit 245 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein Gegenkandidat erhielt 219 Stimmen.

DZ. Freiburg, 9. Nov. Eine der Vorlagen, die zur Zeit des Bürgermeisterversammlung beschäftigen, sieht u. a. die Erbauung der Straßenbahnlinie nach Rittenweiler vor. Sie soll alsbald in Angriff genommen werden, der Bürgermeisterversammlung wird um Bewilligung der erforderlichen weiteren Mittel ersucht, die in Höhe von etwa 810 000 M. gleich den bereits bewilligten 1 050 000 Mark durch Kapitalaufnahme beschafft werden sollen.

DZ. Freiburg, 8. Nov. Der Bürgermeisterversammlung verhandelte heute in einer Sitzung, die von 9 bis 1/2 Uhr vormittags und von 3 bis fast 7 Uhr abends dauerte, über den Haushaltsplan des laufenden Geschäftsjahres. Die Verhandlungen kamen zu keinem Abschluß; es wurde lediglich eine Generaldebatte über den Haushaltsplan der Stadt geführt, und zwar über die Punkte Straßenbahnlinie, Gaswerk, Elektrizitätswerk, Kesselhaus, Schlacht- und Viehhof, Tiefbau und Gartenbau usw. Die Beratung über weitere Punkte wird morgen nachmittag fortgesetzt werden. Hervorzuheben ist hauptsächlich folgender Entschluß bezüglich der Straßenbahn, der von der Versamm- lung auf Antrag des Stadtrates in abgeänderter Form ange- nommen wurde. Künftighin wird folgender neuer Tarif Gel- tung haben für die Benutzung der Straßenbahn: Einzelfahr- schein werden nun für jede Fahrt 1,50 M. kosten (bisher 1 M.), Fahrscheine mit 10 Scheinen, die bisher zu 6 M. zu haben waren, werden nun 10 M. kosten, Monatsfahrtscheine (persön- lich) mit 40 p. Fahrtscheinen 32 M. und Schülerfahrtscheine mit 15 Fahrtscheinen 8 M. Dieser Antrag wurde mit erheblicher Mehrheit bewilligt.

DZ. Freiburg, 10. Nov. Heute nachmittag wurde die De- batte über den Haushaltsplan der Stadt Freiburg vom Bür- germeisterversammlung fortgesetzt. Aber bis um 7 Uhr, also zur Zeit, da bekanntlich die Vertreter ihre Tätigkeit einstellen, war der Vorschlag noch bei weitem nicht durchberaten, noch nicht einmal die Theaterfrage war bis zu diesem Zeitpunkt zur Sprache gekommen. Lediglich folgende Punkte des Haushalts- plans: Tiefbau, Kesselhaus und Gartenbau, sowie die Schulveranschlagung: Gewerkschule, Handelschule, Höhere Mäd- chenschule, Kottler-Oberrealschule, Volkshochschule; ferner wurde er- läßt: Arbeitsamtskasse, Armenkasse, Fürsorge- und Jugend- amtskasse. — Hervorzuheben aus dem Lauf der Verhandlungen ist noch die Annahme des Stadtrates Antrages bezüglich der Straßenreinigungsgeldern. Die Straßenreinigungsgeldern beträgt in Zukunft vier Prozent des Mietwertes; bei Woh- nungen im Mietwert von nicht mehr als 380 M. beträgt sie

vier Mark jährlich. Es wurden vom Stadtparlament außerdem zwei neue Professorenstellen an der Höheren Mädchenschule genehmigt, wovon eine durch eine weibliche Lehrkraft besetzt werden soll.

DZ. Aus Stadt und Kreis Konstanz. Die Stadt legt sich ein eigenes Telefonnetz zu und läßt zu diesem Zweck jetzt Stä- bel einbauen. Auf diese Weise können die einzelnen städtischen Beamten ohne Inanspruchnahme des Telegraphenamtes miteinander in Verbindung treten. Die Zentrale im Rathaus überreicht steht wieder mit dem Amt in Verbindung. — Der Stadtrat hat beim Bürgermeisterversammlung die Bewilligung von 200 000 Mark angefordert zur Beschaffung von Wassermetern für die- jenigen Gebäude, in denen ein starker Wasserverbrauch herrscht. Der Preis für elektrischen Strom wird auf 3 M. und für elek- trische Kraft auf 2 M. erhöht. (In Freiburg betragen die Preise ab 1. November bekanntlich 4,60 resp. 2,50 M.) — Der Kreisrat hat die Errichtung des großen Kraftwerkes zwischen Nimmernhausen und Mühlhofen beschlossen und dafür 12 Mil- lionen M. bewilligt. Das Werk wird für die Stromerzeugung des Seckreises von größter Bedeutung werden. Man hat die jährlichen Ausgaben auf 1 1/2 Millionen M. berechnet, die Bie- rungsmöglichkeiten an Strom und Kraft auf 3 Millionen Kilo- wattstunden. Staat und Badenwert haben sich bereit erklärt zur Übernahme des Stromes, so daß die Rentabilität gesichert ist. Es handelt sich um das sogenannte Mühlhofenprojekt.

## Staatsanzeiger.

Das belgische Konsulat in Frankfurt a. M. betr.  
Nach Mitteilung der belgischen Regierung ist das königliche belgische Generalkonsulat in München aufgehoben und dessen Amtsbereich dem königlichen belgischen Konsulat in Frankfurt a. M. überwiesen worden.

Zu dem Amtsbereich des königlichen belgischen Konsulats in Frankfurt a. M. wird somit nunmehr nicht nur der Kreis Mannheim, sondern das gesamte badische Staatsgebiet gehö- ren. Demgemäß wird der königliche belgische Konsul in Frank- furt a. M., Herr R. Chaidron, zur Ausübung konsularischer Funktionen in dem gesamten badischen Staatsgebiet zugelassen.  
Karlsruhe, den 10. November 1921.

Badisches Staatsministerium,  
Ministerialabteilung für Präsidialsachen,  
Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

## Errichtung von Finanzämtern.

Am 7. November d. J. wird der Steuerkommissar Emsheim aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt Emsheim wird dadurch im Sinne des § 8 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung errichtet. Sein Geschäftsbezirk um- faßt die Amtsbezirke Emsheim und Eppingen mit Ausnahme der Gemeinde Sulzfeld. Das Finanzamt Emsheim übernimmt die Geschäfte des bisherigen Finanzamts und des Steuerkom- missars Emsheim. Der Steuerkommissar Emsheim bleibt bis- her noch in seinen bisherigen Diensträumen.  
Karlsruhe, den 27. Oktober 1921.

Der Präsident des Landesfinanzamts.  
R 51 r.

## Das Berdingungswesen

Seine Abhängigkeit von Erziehung und Stellung der Baubeamten und seine Heilung

Von Richard Rothacker

Militär-Intendantur- und Bauamt  
Preis M. 15.00

Aus dem Inhalt:  
Begriff, Zweck, Bedeutung, Geschichte und Wirkungen des Berdingungswesens. Der Zusammenhang der Mängel des Berdingungswesens mit dem Verwaltungsaufbau, sowie dem Dienstbetrieb und seinen Hemmungen. Die Erfolgsaussichten der Verbesserungs- strebungen im Hinblick auf die bisherigen Ver- hältnisse in den Baubehörden. Das Berdingungswesen. Die Wirkungen auf Volkswirtschaft, Staat, Allgemeinheit, Beamte und Unternehmer. Arten der Vergebung: a. Öffent- liche Ausschreibung, b. Engere Ausschreibung, c. Freihändige Vergebung, d. Vorschläge und Bestimmungen über die Art der Vergebung, e. Auswahl der Unternehmer für engere Aus- schreibung u. freihändige Vergebung. Verfahren bei Ausschreibungen. Beschaffenheit der Verdingungsunterlagen. Fristen für die Vertrags- erfüllung. Aufforderung zur Angebotsabgabe. Bedingungen f. d. Bewerber u. Leistungen: a. Maßgebende Dienstvorschrift, b. Persönliche Fähigkeit u. Leistungsfähigkeit der Bewerber, c. Form und Inhalt des Angebots, d. Bewerber- frist, e. Öffnung der Angebote, f. Zuschlags- erteilung, g. Abschluß förmlicher Verträge, h. Form der Verträge, j. Inhalt und Ausführung der Ver- träge, k. Zahlung, l. Zahlungsfristen, Nebenlei- stungen, m. Rechnungsstellung, n. Tagelohn- rechnungen, o. Mehr- und Minderleistungen und nicht vereinbarte Leistungen, p. Verfallstrafen. Rechnungsverschiedenheiten. Zeugnisse für Un- ternehmer.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.,  
Karlsfriedrichstraße 14.

Konstanzhandlung und Rahmenfabrik 3642  
Karlsruhe, Kaiserstr. 123 u. Karlstr. 20  
**E. Büchle** Wandbilderschmuck  
Inh.: W. Bertsch Bildereinrahmungen

## Adlerwagen

6/12. ältere Bauart mit gut funktionierendem Motor, eventl. auch als Lieferwagen umzubauen, billig zu verkaufen. Offerten unter K. 763 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

## Gesellschaft für Spinnerei & Weberei Ettlingen.

Außerordentliche General-Versammlung  
Samstag, den 3. Dezember 1921,  
11 Uhr vormittags,  
im Hotel Germania, Karlsruhe.

Tagesordnung:  
1. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grund- kapital durch Ausgabe von 7 000 000.— Stamm- aktien und 8 000 000.— 6% kummulativer Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht.  
2. Festsetzung der Ausgabebedingungen für die Stamm- und Vorzugsaktien.  
3. Änderungen der Statuten, und zwar:  
§ 5 (Grundkapital),  
§ 6 (Aktien),  
§ 7 (Aktienübertragung),  
§ 8 (Rechte der Aktionäre),  
§ 20 (Gewinnanteil),  
§ 24 (Öffentliche Einladung),  
§ 27 (Stimmberechtigung),  
§ 30 (Verwendung des Reingewinns).  
4. Ersatzwahl zum Aufsichtsrat.  
Für die Ausübung des Stimmrechtes der Aktionäre sind die Bestimmungen des § 27 der Statuten maß- gebend. Darnach wird ersucht:  
a. bei Namensaktien, daß solche 14 Tage vor der General-Versammlung in die Gesellschaftsbücher eingetragen sind, und daß mindestens 6 Tage vor der General-Versammlung dem Vorstand ein nach Nummern geordnetes Verzeichnis vorgelegt wird, b. bei Aktien auf den Inhaber, daß eine Bescheinigung eines Notars oder eines der auf den Divi- dendenscheinen bezeichneten Bankhäuser, bezugnehmend auf die Aktien hinterlegt sind, und bis nach Bewei- gung der General-Versammlung hinterlegt bleiben, mindestens 6 Tage vor der General-Versammlung bei dem Vorstand der Gesellschaft vor- gelegt worden ist.  
In dieser Bescheinigung müssen die hinterlegten Ak- tien nach Nummern geordnet bezeichnet sein.  
Der Tag der Einkunft der Bescheinigung, sowie der Tag der General-Versammlung werden nicht mit- gezählt.  
Ettlingen, den 8. November 1921.

**Gesellschaft für Spinnerei & Weberei.**  
Der Vorstand.

## Häuser

und Geschäfte, teils be- zugsbar, stets zu verkaufen.  
M. Busam, Gerrenstr. 33

## Metallbetten

Stahlmatt., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R. frei.  
Eisenmöbelfabrik Subi (Zür.)

Ein größeres Quantum  
1920er

## Apfelfaft

glanzhell und kräftig, hat noch abzugeben. R. 761  
Baum, Weinhandlung,  
Moos bei Radolfzell.

Konkursverfahren.  
3.685 Konstanz. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Regier- meisters Eugen Fahnstich in Konstanz wird nach rechtskräftiger Festsetzung des Zwangsvergleichs und Durchführung der Verteilung aufgehoben.  
Konstanz, 7. Nov. 1921.  
Bad. Amtsgericht 1.

Überarbeiten im Rhein- hafen Nehl nach den Vor- schriften über das Berdingungswesen öffentlich zu vergeben. Einsichtnahme während der geordneten Dienststunden auf unserem Dienstzimmer 6, woselbst auch Abgabe der Berdingungsanträge gegen Er- zahlung der Selbstkosten von 5 M. kein Versand nach aus- wärts. Angebote sind ver- schlossen, post- und bestell- geldfrei bis längstens Don- nerstag, den 17. d. Mts. nach- mittags 4 Uhr bei uns ein- zureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen.  
3.628.23  
Nehl, 2. November 1921.  
Bahnbauinspektion.

Badischer Gütertarif. Deutsche Weh- selgütertarife.  
Auf 1. Dezember 1921 wird die Station Löffingen für den Ein- und Frachtsück- güterverkehr eröffnet. Näheres in unserem Tarifange- bot.  
3.696  
Karlsruhe, 9. Nov. 1921.  
Eisenbahngeneraldirektion.

Badischer Bayerischer Güterverkehr.  
Mit sofortiger Gültigkeit werden Warenverzeichnis und Anwendungsbedingun- gen der Ausnahmetarife 5 und 5 c und der Abschnitt Geltungsbereich des Aus- nahmetarifs 6 geändert. Nä- heres in unserem Tarifan- gebot.  
3.697  
Karlsruhe, 10. Nov. 1921.  
Eisenbahn - Generaldirektion.